

Musterartikel «JA zur No Billag Initiative» 09.01.2018

Keine Carte Blanche von über 1.35 Milliarden für die SRG-Funktionäre

Mit der RTVG-Revision wurde aus einer Gebühr für Konsum von Radio- und TV-Programmen eine Mediensteuer. Jeder und Jede hat diese zu bezahlen. Die Höhe dieser Steuer beläuft sich pro Jahr auf über 1.35 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Die Steuerausgaben für die Staatssender entsprechen damit in etwa der Hälfte des Aufwandes für die Nationalstrasseninfrastruktur, der Hälfte der gesamtschweizerischen Ausgaben für die Berufsbildung oder dem Gesamtbudget des Kantons Zug. Während im Parlament über viel tiefere Budgetpusten diskutiert und debattiert wird, geben die SRG-Funktionäre ohne demokratische Kontrolle über eine Milliarde Franken Steuergelder aus. Ein JA zu No Billag erzwingt die demokratische Diskussion über die Verwendung dieser Steuermilliarden.

Während das Budget für die Erfüllung der Staatsaufgaben demokratisch legitimiert im Parlament beraten und beschlossen wird, können bei der Mediensteuer nicht gewählte SRG-Funktionäre ausserhalb jeglicher parlamentarischen Einflussmöglichkeit und am Souverän vorbei im Alleingang über Steuermilliarden verfügen. Die Situation ist grotesk. Die Altersvorsorge muss saniert werden. Im Parlament argumentierten in der vergangenen Wintersession 246 Parlamentarierinnen und Parlamentarier über 440 Millionen Franken AHV-Sonderfinanzierung. Gleichzeitig gibt die SRG als Verein ohne klaren Auftrag 1.35 Milliarden Franken Steuergelder aus und bremst dabei auch noch die privaten Medien aus.

Während die Landwirtschaft, die Bildung oder die Armee sich in Budgetdebatten rechtfertigen müssen und mit Einsparungen konfrontiert sind, wird die SRG als heilige Kuh ausgeklammert. Das muss sich ändern. Und um diese Diskussion einzufordern und zu ermöglichen, braucht es ein JA zu No Billag.

Das Problem, dass Steuern und Zwangsabgaben ausserhalb der parlamentarischen Einflussmöglichkeit und am Volk vorbei eingeführt werden, beschränkt sich nicht auf die SRG. Die Billag-Mediensteuer ist jedoch ein Paradebeispiel für diese grassierende staatliche Selbstbedienungsmentalität. Einige Beispiele aus anderen Bereichen können dies verdeutlichen:

- Um weitgehend wirkungslose staatliche Präventionskampagnen zu finanzieren, werden die Raucher mit Preisen von rund 10 Franken pro Zigarettenpaket belastet
- Die Parkgebühren sind insbesondere in den grossen Städten zu einer wichtigen Einnahmequelle für die Behörden geworden, mit der die Bürgerinnen und Bürger richtiggehend abgezockt werden – zusätzlich zu den „normalen Steuern“.
- Geschwindigkeitskontrollen und Radarbussen werden systematisch so eingerichtet, dass möglichst die Staatskassen gefüllt werden.
- Der Bundesrat plant Tests zu Mobility-Pricing. Wie im Mittelalter sollen Strassenzölle verlangt werden. Bezahlen müssen die einfachen Bürger und die KMU, die auf die Strassen zu allen Tages- und Nachtzeiten angewiesen sind.
- Das Bundesamt für Gesundheit diskutiert die Einführung einer Zuckersteuer, um den Leuten über neue Steuern vorzuschreiben, was auf den Teller kommt. Beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV werden Ideen für Steuern auf Salz und Fett diskutiert.
- In Schweizer Städten werden unter dem Deckmantel von Sauberkeit und Abfallentsorgung Forderungen nach „Littering-Gebühren“ erhoben. Bürger und KMU sollen für die Leerung und Entsorgung von Müll in öffentlichen Abfallheimern speziell bezahlen müssen. Es geht um nichts anderes als um die Erschliessung einer zusätzlichen Einnahmequelle für den Staat.

Mit einem JA zu No Billag setzen wir ein Zeichen, dass wir nicht länger bereit sind, neben den ordentlichen Steuern für immer mehr Vorstellungen der Verwaltung und der Regierung Abgaben, Steuern und Gebühren zu bezahlen.